

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.24 - 64. Jahrgang

13. Dezember 2014

Mindestlohn spart Steuern

Horrorszenarien über den angeblichen Verlust Tausender von Arbeitsplätzen bei Einführung des Mindestlohns gehören nach Ansicht von Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, ins Reich der Märchen. Immerhin fahren 21 EU-Länder gut mit dem Mindestlohn, erklärte sie.

Mit der Einführung des Mindestlohns in wenigen Tagen werde ein Stück Ungerechtigkeit in Deutschland beseitigt: Ein wichtiger Etappensieg beim Kampf gegen Lohnrückerei und sittenwidrige Löhne, so die DGB-Vorsitzende. Jeder vierte Beschäftigte in Berlin arbeitet im Niedriglohnsektor (Brandenburg: rd. 30 Prozent) und wird vom Mindestlohn profitieren.

Entgegen den Unkenrufen der „Wirtschaftssachverständigen“, die dem Mindestlohn unterstellen, er gefährde schon jetzt die Konjunktur, werde die gesetzliche Lohnuntergrenze der Konjunktur Impulse verleihen. Denn der Staat müsse die Niedriglöhne nicht mehr mit Steuergeldern subventionieren (Aufstocker). Immerhin geht es dabei um rd. 7 Mrd. Euro pro Jahr, die eingespart werden können. Allein in Berlin und Brandenburg werden Jahr für Jahr rd. 600 Mio. Euro an Steuergelder aufgewendet, um kleine Einkommen zu bezuschussen. „Steuergelder, die wir künftig besser einsetzen können, als geizigen Unternehmern unter die Arme zu greifen“, so die DGB-Vorsitzende.

Eine Mindestlohnkommission wird alle zwei Jahre über eine Anpassung des Mindestlohns beraten und sich dabei insbesondere an der Tariflohnentwicklung der letzten zwei Jahre orientieren. Nach Ansicht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) sei ein Ausbau der Kontrollen bei Verstößen gegen das Mindestlohngesetz vonnöten. Am wichtigsten sei die beim Zoll angesiedelte Finanzkontrolle Schwarzarbeit. **PM □**

Senat:

Start mit viel Vertrauen

Michael Müller mit deutlicher Mehrheit gewählt

Mit großer Mehrheit ist Michael Müller zum neuen Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt worden. Bei der Wahl im Abgeordnetenhaus am Donnerstagmorgen erhielt er 87 Ja-Stimmen, das sind zwei mehr als die rot-schwarze Koalition hat. Es gab 58 Nein-Stimmen und eine Enthaltung.

Im Anschluss an die Wahl wurden die neuen Senatsmitglieder ernannt. Für die SPD gehören dem Senat weiter Bildungs- und Arbeitssenatorin Sandra Scheeres und Arbeitssenatorin Dilek Kolat an, die zusätzlich das Amt der Bürgermeisterin übernimmt. Neuer Stadtentwicklungssenator wird Andreas Geisel, das Amt des Finanzsenators übernimmt Matthias Kollatz-Ahnen.

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller nahm anschließend an den Gesprächen zum Länderfinanzausgleich teil, am Abend stand die erste Senatssitzung an. „Die Berliner SPD ist stolz darauf, mit Dir den zehnten Regierenden Bürgermeister von Berlin zu stellen“, schrieb der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß in seiner Gratulation. „Es ist gut für die Stadt, dass wir



Als Regierender Bürgermeister gewählt: Michael Müller. Foto: Horb

mit Dir den politischen Kurs im Roten Rathaus vorgeben können. Das solidarische Berlin, das ist Deine Vision von unserer Heimatstadt.“ Sie gelte es gemeinsam umzusetzen.

Kein Regierender Bürgermeister hat Berlin länger ohne Unterbrechung regiert als Klaus Wowereit. „Berlin behält Sie in seinem Herzen“, sagte Parlamentspräsident Ralf Wieland zum Abschied. **uh □**

siehe auch Seite 3

Flüchtlingshilfe konkret

Dilek Kolat startet Ausbildungsoffensive mit der Handwerkskammer

Eine von Arbeitssenatorin Dilek Kolat gestartete Ausbildungs- und Berufsinitiative Arrivo Berlin bringt jetzt Flüchtlinge mit Bleiberecht in Kontakt mit Berliner Betrieben.

Viele Betriebe suchen Auszubildende und Fachkräfte, viele Flüchtlinge suchen neue Aufgaben und eine Perspektive. Im Rahmen eines drei- bis sechswöchigen Praktikums können die Betriebe jetzt junge, hoch motivierte Menschen kennenlernen, die nach Flucht und Verfolgung in Berlin angekommen sind. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern soll ein Einblick in den betrieblichen Alltag vermittelt werden. Unterschiedliche Gründe hätten sie zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen, so Di-

lekolat: „Aber sie bringen auch Berufe, Berufserfahrung und Abschlüsse mit. Die können was.“ Umgesetzt wird das Projekt

LIEBE LESERINNEN UND LESER,
WIR WÜNSCHEN IHNEN FROHE FESTTAGE.
DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER
STIMME ERSCHEINT AM 17. JANUAR 2015.
IHRE REDAKTION

vom Jugend Kunst- und Kulturhaus Schle-
sische27 mit Unterstützung und Förderung
durch das Berliner Netzwerk für Bleibe-
recht „bridge“ und den Berliner Innungen.
Eine Plakatkampagne macht jetzt auf das
Projekt aufmerksam. **BS □**

siehe auch Seite 5 und 6

Europa:

Die EU soll einfacher werden

Sylvia-Yvonne Kaufmann: „Bürokratieabbau ja - Sozialabbau nein“

Die Europäische Union verursacht zu viel Bürokratie. Dieser Ansicht sind laut einer Eurobarometer-Umfrage aus dem letzten Jahr 74 % der Europäerinnen und Europäer. Der Abbau unnötiger Bürokratie, die auf europäische Gesetzgebung zurückzuführen ist, und eine effektivere Rechtsetzung sind nicht nur Werte für sich, sondern von zentraler Bedeutung, um die EU-Politik für Bürgerinnen und Bürger greifbar und transparenter zu machen.

BÜROKRATIEABBAU KÜNFTIG
CHEFSACHE

Bereits in der Vergangenheit wurden Reformen angestoßen. So präsentierte die Europäische Kommission im Jahr 2002 einen Aktionsplan zur besseren Rechtsetzung mit dem Ziel, den gesamten Gesetzgebungsprozess - von der Erarbeitung eines Gesetzgebungsvorschlages bis hin zur Umsetzung eines EU-Rechtsaktes durch die Mitgliedstaaten - auf Verbesserungspotential zu durchleuchten. Im Ergebnis dessen wurde beispielsweise das Instrument der Folgenabschätzung eingeführt. Heutzutage prüft die Kommission daher vor der Vorlage einer Gesetzesinitiative vorab, welche wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen ein EU-Rechtsakt haben könnte. Zudem werden im Rahmen einer öffentlichen Konsultation Vertretungen der Zivilgesellschaft ebenso wie Unionsbürgerinnen und -bürger, die von EU-Rechtsakten betroffen sind, am Entstehungsprozess von Gesetzgebungsvorschlägen beteiligt.

Für die neue Kommission unter Jean-Claude Juncker ist Bürokratieabbau ein zentraler Bestandteil des zukünftigen Arbeitsprogramms. „Bessere Rechtsetzung“ steht bei den Zuständigkeiten von Frans Timmermans, dem Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, an vorderster Stelle. Dies unterstrich er auch bei seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament im Oktober. Das REFIT-Programm (REFIT = Regulatory Fitness and Performance programme) wird dabei eine wichtige Rolle spielen.

Im Rahmen des 2012 gestarteten REFIT-Programms für bessere EU-Rechtsetzung und Bürokratieabbau hat sich die Kommission das Ziel gesetzt, alle EU-Rechtsvorschriften auf Unstimmigkeiten, Lücken und wirkungslose Maßnahmen sowie dadurch entstehende unnötige Bürokratie zu überprüfen und Vereinfachungsvorschläge zu machen. Beraten wurde sie dabei von



Die Berliner Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann. Foto: SPD

der „Stoiber-Gruppe“, um den ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten, die Vorschläge zur Verringerung von Verwaltungslasten gemacht hat.

Konkret hat die Kommission seit 2013 23 Gesetzgebungsvorschläge angekündigt, um bereits bestehende EU-Rechtsakte zu vereinfachen, zwei davon befinden sich bereits im Gesetzgebungsverfahren. Auf 53 Gesetzgebungsvorschläge will die Kommission ganz verzichten und hat angekündigt, diese entsprechend zurückziehen zu wollen.

Doch zuvor hat das Europäische Parlament ein gewichtiges Wort mitzureden. Als Gesetzgeber hat es (ebenso wie der Ministerrat) bei allen neuen Initiativen der Kommission, auch bei einer Rücknahme bereits verabschiedeter Gesetze oder von Gesetzesinitiativen, Mitspracherecht. In der vergangenen Woche hat mich der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments zur Berichterstatterin für das REFIT-Programm der Kommission ernannt. Von daher gilt es nun für mich als Verantwortliche, in enger Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen, die Position des Europäischen Parlaments zu dem geplanten Maßnahmenpaket der Kommission festzulegen.

KEINE DEREGULIERUNG AUF
KOSTEN VON SCHUTZSTANDARDS

Das Ziel der Kommission, unnötige Bürokratie abzubauen und die Rechtsetzung effizienter zu gestalten, ist zweifellos sinnvoll. Gesetze sollen so detailliert wie nötig, aber so effizient und einfach wie möglich formuliert werden. Eines ist für mich jedoch zentral: Das Ziel Bürokratieabbau darf nicht zum Deckmantel dafür werden, Schutzstandards von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Verbraucherinnen

und Verbrauchern oder im Hinblick auf den Umweltschutz abzubauen. Außerdem sollte beim Thema Bürokratieabbau der Blick nicht nur gen Brüssel gerichtet sein. Auch die Mitgliedstaaten sind gefordert, denn sie sind etwa für ein Drittel der Verwaltungslasten durch EU-Rechtsakte verantwortlich. Bessere Rechtssetzung ist daher nur zu erreichen, wenn auf allen politischen Ebenen Verbesserungen erzielt werden. **Sylvia-Yvonne Kaufmann** □

Eva Högl: Spenden werden gebraucht

Zur Unterstützung von Flüchtlingen aus Krisengebieten hat die SPD-Bundestagsabgeordnete Eva Högl aufgerufen.

In ihrem Wahlkreisbüro können jetzt Spenden für die Initiative „Wedding hilft“ abgegeben werden, in der sich Freiwillige für die Flüchtlinge in unserer Stadt einsetzen. Die Ehrenamtlichen unterstützen die Flüchtlinge nicht nur bei Behördengängen, sie bieten Sprachkurse an und sammeln Spenden. „Gerade jetzt im Winter werden dringend warme Kleidung, Decken und Schuhe benötigt“, so Eva Högl.

Wer etwas spenden möchte, kann sich an ihr Wahlkreisbüro wenden. Dort werden aktuell Spenden für die Flüchtlingsunterkünfte in Berlin entgegengenommen. Auf der Bedarfsliste steht Kleidung für Frauen (Größe 38-44), Männer (S-L) und Kinder (alle Größen), aber auch Bettwäsche und Spielsachen. Nähere Informationen gibt es im Wahlkreisbüro, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Tel. 4692-130.

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Aboservice: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Senat:

Letzte Termine

Klaus Wowereit nahm Abschied vom Roten Rathaus

Die letzten Arbeitstage waren noch einmal lang und für Klaus Wowereit voller „letzter“ Termine: Die letzte Rede im Abgeordnetenhaus als Regierender Bürgermeister, die letzte Teilnahme am Bundesrat. Aber auch der letzte Nikolausnachmittag mit den Patenkindern des Regierenden Bürgermeisters im Technik-Museum.

Es ist ein versöhnlicher Abschied. Anfang Dezember gibt es bei der regelmäßigen Forsa-Umfrage noch einmal deutliche Zugewinne bei der Beliebtheit - zum dritten Mal in Folge. Und die Facebook-Einträge auf der Seite von Klaus Wowereit sind von Wehmut geprägt. „Danke Wowi...es wird nach dir nicht mehr das Berlin wie mit dir sein...es wird anders sein“, schreibt Sylvia F. dort. Und Jule S. stellt fest: „Verdammt schade! Wowi hat wie die Faust aufs Auge zu Berlin gepasst! I'll miss you!“

In seiner letzten Rede vor dem Berliner Abgeordnetenhaus dankte der scheidende Regierende Bürgermeister der SPD-Fraktion und den Koalitionspartnern aus den vier Regierungsperioden für die Zusammenarbeit. Gleichzeitig wies er auf die Herausforderungen hin, die das Wachstum der Stadt mit sich bringe. Berlin sei eine Stadt im Wandel. Wowereit betonte, das sei keine Bedrohung. Es gehe darum, den Wandel sozialverträglich zu gestalten.

Im Bundesrat verabschiedete sich Klaus Wowereit mit einem Appell an die Solidarität: Berlin sei nicht nur die Stadt der Berlinerinnen und Berliner, sondern die Haupt-



2011: Klaus Wowereit mit Wahlplakat. Foto: Horb

stadt aller Deutschen. Bundesratspräsident Volker Bouffier würdigte, dass man trotz unterschiedlicher Positionen immer einen Kompromiss gefunden habe.

Aber auch weitere Entscheidungen standen in den letzten Tagen der Amtszeit an. So stellte der scheidende Kultursenator Klaus Wowereit jetzt Oliver Reese als künftigen Intendanten am Berliner Ensemble vor, 2017 soll er die Nachfolge von Claus Peymann antreten, der damit ein Jahr länger im Amt bleibt. Reese ist derzeit noch Intendant am Schauspiel Frankfurt, er will ein „Theater der Autoren“ etablieren. Reese kennt Berlin, bis 2001 war er Chef dramaturg am Maxim Gorki Theater, danach einige Jahre stellvertretender Intendant am Deutschen Theater. Für Klaus Wowereit noch einmal eine wichtige kulturpolitische Weichenstellung. **BS □**

Lichtenberg:

Birgit Monteiro vom Kreisvorstand nominiert

Birgit Monteiro, Lichtenberger SPD-Abgeordnete und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion, ist vom Kreisvorstand als Nachfolgerin von Andreas Geisel im Amt des Bezirksbürgermeisters vorgeschlagen worden. Die Entscheidung soll auf einer Kreisdelegiertenversammlung am 20. Dezember getroffen werden.

Die Wahl in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg wird voraussichtlich im Januar stattfinden. Andreas Geisel, der nach der Wahl von Michael Müller das Amt des Senators für Stadtentwicklung übernommen hat, wurde 2011 von einer Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Grünen zum Bürgermeister gewählt.

Birgit Monteiro, 1969 in Strausberg geboren, absolvierte zunächst eine Ausbildung zur Landmaschinen- und Traktorenschlosserin. 1991 begann sie an der Humboldt-Universität ein Studium der Geschichte und Germanistik. 2008 legte sie berufsbeleitend den Master of Arts in Sozialmanagement ab. Neben der Tätigkeit im Abgeordnetenhaus ist sie als Geschäftsführerin des Dachverbandes der Nachbarschaftshäuser tätig. Mit der AG Selbst Aktiv setzt sie sich engagiert für eine barrierefreie Stadt ein. **BS □**



Verkehr:

Werbung für schnelle Verbindungen

Fachausschuss Mobilität fordert Erhalt des Eurocity nach Breslau - Usedom-Strecke braucht Ausbau

Mit einer Aktion vor dem Brandenburger Tor haben die Usedomer Eisenbahnfreunde Anfang Dezember mit Unterstützung der Berliner SPD für die Aufnahme des Karniner Bahnprojektes in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans 2015 geworben.

Die Entscheidung darüber fällt in den nächsten Monaten! Zugesagt ist vom Bundesverkehrsministerium – im Gegensatz zu 2008 – eine grenzüberschreitende Bewertung der Karniner Bahnstrecke. Mit dem Wiederaufbau der Karniner Brücke würde eine im Krieg entstandene Lücke von 39 Kilometern geschlossen und die Fahrt zwischen Berlin und Usedom auf zwei Stunden verkürzt.



Werbeaktion für die Berlin-Usedom-Verbindung über die Karniner Brücke. Foto: Horb

Gegen die geplante Einstellung des Eurocity „Wawel“ nach Wrocław (Breslau) zum Fahrplanwechsel wendet sich der

Fachausschuss Mobilität am heutigen Sonnabend mit einer Aktion. SPD-Abgeordnete begleiten die Eurocity-Fahrt von Berlin aus. Die IHK Cottbus kommt mit Medienvertretern, einem Beerdigungskranz und einer Musikgruppe mit Trauermusik, um während des Lok-Wechsels in Cottbus eine Zeremonie abzuhalten, an der auch der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und Abgeordnete aus Berlin und dem Europaparlament teilnehmen werden.

In den dreißiger Jahren hatte der „Fliegende Schlesier“ für die etwa 330 km lange Verbindung Berlin – Breslau (Wrocław) zweieinhalb Stunden gebraucht, der Eurocity „Wawel“ brauchte dagegen auf der nur teilweise elektrifizierten Strecke fünf Stunden. **BS □**

Bildung:

Zusätzliche Mittel an Brennpunkten

Raed Saleh: Auch die Berufsschulen nicht allein lassen

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag beschlossen, der eine Weiterentwicklung des seit einem Jahr bestehenden Brennpunktschulprogramms vorsieht. Damit wird das bundesweit vorbildliche Programm fortgeführt.

Vorgelegt worden war das Programm im Mai 2013 von SPD-Fraktionschef Raed Saleh und Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD). Es geht auf eine gemeinsame Reise von Saleh und dem Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) zurück.

Seit Anfang des Jahres werden mit dem Programm mehr als 200 Berliner Schulen mit insgesamt 15 Millionen Euro gefördert. Die Schulen können selbst entscheiden, wofür das Geld verwendet wird - z.B. für mehr Sozialpädagogen, für Sprachmittler, Anti-Gewalt-Trainer oder Mediatoren. Für die Förderung der Schulen entscheidend ist die Zahl der Lernmittelbefreiungen: Sind mindestens 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler von der Zuzahlung zu den Lernmitteln befreit - kommen also aus einem Haushalt mit niedrigem Einkommen - erhalten die Schulen finanzielle Unterstützung. Ab einer Quote von 75 Prozent Lernmittelbefreiung wird der volle Betrag von 100.000 Euro jährlich zur Verfügung gestellt.

Dieses Programm möchte die SPD-Fraktion nun auf die Berliner Berufsschulen ausweiten. „Die Erfahrung zeigt, dass auch an Oberstufenzentren das Lernumfeld oft ho-



Will das Brennpunktschulprogramm ergänzen: der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh.

Foto: Regentaucher/SPD Fraktion

hen Belastungen ausgesetzt ist. Die Lehrerinnen und Lehrer an Berufsschulen stehen oft nicht weniger unter Druck als an Grund- und Sekundarschulen“, sagt Fraktionschef Raed Saleh. Bei den allgemeinbildenden Schulen profitierte jede vierte Schule vom Programm. Wie viele von den 46 staatlichen Berufsschulen in Berlin betroffen sein werden, muss sich noch zeigen. Denn das Kriterium der Lernmittelbefreiung allein wird bei der Einbeziehung der Berufsschulen voraussichtlich nicht ausreichen, da es bei Berufsschulen in anderer Weise als bei Grund- und Sekundarschulen erfasst wird.

Wichtig ist der SPD-Fraktion das politische Signal, dass auch die Berufsschulen nicht aus dem Blick geraten. Darum waren die Fachpolitiker und der Fraktionsvorsitzende in den vergangenen Monaten im-

mer wieder auch aus der SPD heraus gebeten worden. „Man darf die Schulen nicht mit ihren Sorgen alleine lassen“, sagt Saleh. Er will auch bei den Berufsschulen die Mittelverwendung den einzelnen Schulen überlassen: „Es ist wichtig - und das zeigt die bisherige Erfahrung - dass die Verantwortung für die Verwendung der Gelder bei Schulen selbst liegt. Sie wissen am Besten, was für ihre Schulen hilft.“

Ein anderer, sehr ärgerlicher Punkt, soll nach den Erfahrungen des ersten Jahres ebenfalls korrigiert werden. Ende 2013 strich die grüne Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann, an vier Grundschulen in ihrem Bezirk die Schulstationen. Das Argument: Die Schulen sollten die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus den Mitteln des Brennpunktschulprogramms finanzieren. Saleh hatte das im Parlament als „Mitnahmepolitik von der schlimmsten Sorte“ bezeichnet. Nun möchte die SPD-Fraktion erreichen, dass die Gelder aus dem Brennpunktschulprogramm zusätzlich zur Verfügung gestellt werden und nicht als Einsparpotenzial für die Bezirke verwendet werden.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde am 9. Dezember beschlossen. Die Einbeziehung der Berufsschulen soll nach dem Willen der SPD-Fraktion im Rahmen des Doppelhaushalts 2016/17 finanziert werden und dann ab dem 1. Januar 2016 starten.

ff □

Gesundheit:

Isenberg fordert „neue Drogenpolitik“

Auch in Deutschland sei eine neue Drogenpolitik und der Einstieg in die „kontrollierte Legalisierung“ von Cannabis nötig, so der SPD-Gesundheitspolitiker Thomas Isenberg.

Darüber hinaus fordert er ein Mehr an Aufklärung, Beratung und Prävention, statt „nichts nützender Kriminalisierung“ der über drei Millionen Gelegenheitskonsumenten in Deutschland. Und er stellt unmissverständlich klar: „Keine Chance dem dubiosen Schwarzmarkt – weder im Görlitzer Park noch anderswo!“ Isenberg: „Zugelassene und kontrollierte Produktion, reglementierte Abgabe an Erwachsene und Konsum, etwa in lizenzierten Coffe-Shops, oder in bestimmten Fällen auch in Apotheken oder der Anbau zum Eigenbedarf müssen wir auch in Deutschland ohne Denkverbote diskutieren.“ **PM □**

SGK:

„Mit Rat und Tat“

Kommunalpolitiker wählen neuen Vorstand

Die Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Berlin e.V. (SGK Berlin) hat einen neuen Vorstand. Ende November bestätigte die ordentliche Jahreshauptversammlung Horst Porath, von 1989 bis 2000 Baustadtrat aus Tiergarten, als Landesvorsitzenden.

Sein 1. Stellvertreter wurde Frederic Verzycken, Vorsitzender des Hauptausschusses im Abgeordnetenhaus, weitere Stellvertreter sind Ellen Hausdörfer (stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus), Irene Köhne (MdA) und Martina Hartleib (stellv. Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in der SPD). Zum Schatzmeister wurde Oliver Igel (Bezirksbürgermeister in Treptow-Köpenick) gewählt.

Schriftführerin ist Barbara Scheffer, Beauftragte für Kultur im Landesvorstand der SPD.

Die SGK ist ein der Sozialdemokratie eng verbundener Verein, in dem sich Kommunalpolitikerinnen und -politiker jeglicher Art zusammenschließen. Sie sehen sich den sozialdemokratischen Grundsätzen verpflichtet. In der SGK engagieren sich Bezirksverordnete, Bezirksamtsmitglieder oder Abgeordnete des Abgeordnetenhauses und des Bundestags sowie Mitglieder von Initiativen oder in anderer Weise kommunalpolitisch interessierte und aktive Menschen.

Neben dem direkten kommunalpolitischen Austausch zwischen den SGK-Mitgliedern steht die SGK auch allen Parteigremien in kommunalpolitischen Fragen mit Rat und Tat zur Seite. **PM □**

Flüchtlingsunterbringung:

„Eine gute Einrichtung erhalten“

Swen Schulz zur Flüchtlingsunterkunft Hohengatow: Senator muss sich ehrlich machen

Gemeinsam mit Eva Högl, unserer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden für Inneres und Recht im Bundestag, habe ich vor kurzem die Flüchtlingsunterkunft im Spandauer Ortsteil Hohengatow besucht. Die Unterkunft wird von der AWO Mitte betrieben - sehr engagiert, aber bislang nur provisorisch, weil die Unterkunft als Notmaßnahme gilt und zum Jahresende geschlossen werden soll.

Eva Högl und ich haben vor Ort den Eindruck gewonnen, dass es sich um eine gute Einrichtung handelt, die AWO das sehr engagiert macht und dabei auch tolle Unterstützung von Bürgern aus Spandau erhält. So haben wir dort mit zwei Frauen gesprochen, die ehrenamtlich Deutschkurse machen - denn die Flüchtlinge haben kein Anrecht auf staatlich finanzierte Kurse.

Eva Högl und ich sind angesichts der wirklich dramatischen Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu der Überzeugung gelangt, dass diese Unterkunft am Waldschluchtpfad länger betrieben werden sollte. Dann könnten auch einige Verbesserungen erreicht werden - für die Flüchtlinge wie auch für Anwohner.

Was dann passierte, hat mich doch sehr verwundert. Seit über zehn Jahren bin ich Bundestagsabgeordneter, aber so etwas habe ich noch nicht erlebt: Ich habe Senator Czaja (CDU) einen Brief geschrieben und meine Meinung dargelegt, dass die Unterkunft nicht wie geplant zum Ende des Jahres geschlossen werden kann und vielmehr gemeinsam mit den Verantwortlichen Stellen sowie mit den Anwohnern darüber gesprochen werden sollte, unter



Die SPD-Bundestagsabgeordneten Eva Högl (l.) und Swen Schulz beim Besuch der Flüchtlingsunterkunft in Hohengatow.
Foto: Büro Schulz

welchen Bedingungen die Unterkunft weiterbetrieben wird.

Aber statt einer Antwort oder wenigstens einer Eingangsbestätigung landete plötzlich mein Schreiben an den Senator, mit Eingangsstempel der Senatsverwaltung, kopiert in den Briefkästen von Anwohnern!

MIT TRICKS UND DRUCK

Na gut, ich habe nichts zu verheimlichen und stehe auch öffentlich zu meiner Position, insofern regt es mich nicht weiter auf. Aber es wirft doch ein Licht darauf, wie der Senator und die Spandauer CDU dieses Thema behandeln: Statt eines ehrlichen, offenen Gesprächs mit Austausch der Argumente wird getrickelt.

Der Hintergrund ist nämlich, dass insbesondere die Spandauer CDU den Anwohnern versprochen hat, dass die Unterkunft geschlossen wird. Bereits einmal wurde die

Schließung verschoben, aber das soll es dann zum Jahresende gewesen sein. Senator Czaja steht natürlich unter massivem Druck der Spandauer CDU.

Doch anstatt offen und ehrlich mit Anwohnern zu sprechen und zu erläutern wie groß die Not geworden ist, soll die Schließung, koste es was es wolle, durchgezogen werden.

In einer Anwohnerversammlung habe ich mir für meine Haltung sehr viel Kritik von Anwohnern angehört. Und ich denke, dass die zum Teil wirklich stark belastet sind. Auf diese berechtigten Belange von Anwohnern muss eingegangen werden, etwa durch bauliche Veränderungen, durch eine bessere Betreuung, vielleicht durch die Änderung der Konzeption der Unterkunft mit weniger Bewohnerwechsel.

Diese Fragen offen zu besprechen - das verweigert Czaja. Doch der Senator muss entscheiden - und vor allem sich ehrlich machen!

Swen Schulz □

Flüchtlingshilfe:

Die Willkommenskultur stärken

André Lossin: Wir brauchen ein ganz breites gesellschaftliches Bündnis

Berliner Stadtteilzentren sind ein wichtiger Teil für eine Willkommenskultur. Aber sie werden unzureichend ausgestattet.

Sollten sich die Prognosen bewahrheiten, werden im laufenden Jahr 2014 rund 230.000 Flüchtlinge in Deutschland um Asyl nachsuchen. Für Berlin bedeutet dies nach dem sogenannten „Königssteiner Schlüssel“ die Aufnahme von dann etwa 11.000 Flüchtlingen. Deren menschenwürdige Unterbringung und das gemeinsame Zusammenleben sind eine Herausforderung für die Berliner Stadtgesellschaft. Andererseits hat die Stadt in ihrer wechsel-

vollen Geschichte schon ganz andere Aufgaben gemeistert, so dass man auch jetzt zuversichtlich in die nahe Zukunft sehen sollte.

Dies setzt allerdings voraus, dass alle politisch Verantwortlichen an einem Strang ziehen und an der einen oder anderen Stelle mit dem notwendigen Einfühlungsvermögen zu Werke gehen. Wie dies nicht gehen kann, zeigte der 20. Oktober dieses Jahres, als Sozialsenator Mario Czaja ziemlich überraschend die Errichtung von sechs neuen Unterkünften für Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit insgesamt 2400 Plätzen in sogenannten mobilen

Wohneinheiten, allgemein als Containerdörfer bezeichnet, durch das LaGeSo bekanntgab. In einer Telefonschleife mittags an diesem Tag wurden die Bezirksbürgermeister und Stadträte durch den Senator kurz informiert. Es wurde klar, dass die Bezirke die Entscheidung des Senators nur zur Kenntnis nehmen, nicht aber beeinflussen konnten. Bereits am Wochenende vorher jedoch sickerte schon durch, dass in einigen Stadtteilen, wie in etwa in Marzahn-Hellersdorf in der Schönagelstrasse, vermutlich eine entsprechende Flüchtlingsunterkunft errichtet werden solle. Vermessungs-

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 5

ingenieure tauchten bereits einige Tage zuvor auf dem Areal auf und gaben neugierigen Nachbarn leutselig Auskunft über das beabsichtigte Vorhaben. Diese Gerüchte führten, was nachvollziehbar war, zu einer schlechten Stimmung in der unmittelbaren Nachbarschaft.

Um die Nachbarschaft und die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner nun mit dieser Einrichtung nicht alleine zu lassen, hatte der Sozialsenator - hierfür ist ihm beizupflichten - entschieden, dass die jeweiligen Stadtteilzentren den Prozess der Willkommensstruktur organisieren sollen.

Seit gut 14 Jahren besteht zwischen dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem Land Berlin der sogenannte Stadtteilvertrag, aus dem die Mittel für die Nachbarschafts- bzw. Stadtteilarbeit bereitgestellt werden. Die Stadtteilzentren bilden die Grundlage für ein gutes nachbarschaftliches Zusammenleben. Zu ihren Aufgaben gehören u.a.:

- Bürgerbeteiligung, Quartiersentwicklung und Verbesserungen der Lebensqualität
- Stärkung des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements
- Selbsthilfeförderung und -unterstützung
- Förderung von Nachbarschaftsbeziehungen und gegenseitiger Hilfe
- Generationsübergreifende und interkulturelle Arbeit
- Vernetzung und Integration im Stadtteil
- Familienunterstützende Arbeit
- Gesundheitsfürsorge und -prävention
- Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Die Förderung und Finanzierung der Stadtteilzentren erfolgt über das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren (IFP STZ), über dieses Programm ist die finanzielle Grundsicherung von mehr als 50 Berliner Nachbarschaftszentren, Selbsthilfe-Kontakt- und Beratungsstellen, Seniorenprojekten und weiteren überregional wirkenden Projekten zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe bis Ende 2015 garantiert. Die Stadtteilzentren - so viel ist festzuhalten - sind mit ihrer lokalen Netzwerkstruktur ein wichtiges zivilgesellschaftliches Rückgrat für den jeweiligen Kiez.

Nun - im Jahr 2014 - kommt eine neue und schwierige Aufgabe auf sie zu. Mit 5.000 Euro (sic!) im Quartal sollen sie bis zur Ankunft der Flüchtlinge in den jeweiligen Einrichtungen und bis Ende 2015 eine Willkommensstruktur etablieren. Keine leichte Aufgabe.

Grundsätzlich ist die Idee gut, aber in dem Augenblick des Bekanntwerdens der



Sichtbare Hilfsbereitschaft: Zahlreiche Menschen stellen sich bei einer vom Verein Hellersdorf hilft e.V. angemeldeten Kundgebung für Solidarität statt Ausgrenzung den Rechtsextremisten entgegen. Foto: hellersdorfhilft.wordpress.com

Standorte formiert sich nicht nur die Willkommensstruktur, sondern auch ein größerer Widerstand von Anwohnern, der von Rechtsradikalen in den Bezirken instrumentalisiert wird. Diese neue Einrichtung stellt den schon schwierigen Kiez auf die Probe. Die Anwohnerinnen und Anwohner fühlen sich von der Politik überumpelt, da der Bezirk als nicht zuständiger politischer Akteur bislang nicht mit ihnen kommunizieren konnte und nur wenige Kenntnisse ihm vorlagen, macht es der bezirklichen Struktur politisch schwer, die Entscheidung des Senats in dem notwendigen Umfang zu agieren.

Insbesondere in Pankow-Buch, in Marzahn-Mitte und im Köpenicker Allende-Viertel artikuliert sich reger Widerspruch gegen die Flüchtlingswohnheime. Diese vorprogrammierten Konflikte lassen sich nur durch behutsame und intensive Bürgerdialoge auffangen. Das setzt voraus, dass die Stadtteilzentren sich bisher mit dem Thema Flüchtlingsarbeit, intensiv be-

schäftigt haben müssen, um über entsprechende Fachkompetenz zu verfügen. Nur wenige Stadtteilzentren, die über langjährige Arbeit insbesondere mit Flüchtlingen verfügen, können schnell auf diese neue Aufgabe umschalten und sich dem Anwohnerdialog so stellen, dass er perspektivisch zu einer tragfähigen Willkommensstruktur ausgebaut werden kann. Entscheidend ist, dass umgehend nach Bekanntgabe solcher bedeutenden politischen Entscheidungen wie der Standorte der Flüchtlingswohnheime eine klare und schnelle positive Kommunikation in Richtung Anwohner und Anwohnerinnen in Gang gesetzt werden muss. Läuft dieser Prozess der mangelnden Kommunikation zu lange, ist die Gefahr groß, dass die bislang gute nachbarschaftliche Stimmung kippt, da die Anwohnerinnen und Anwohner ihre unmittelbare Umgebung mit „staatlicher Intervention“ bedroht fühlen.

Es ist auf Grund der rassistischen politischen und religiösen Verfolgung in Afrika und im Nahen Osten selbstverständlich, dass Europa diesen Menschen Schutz gewähren muss und dass vor allen Dingen die Bundesrepublik Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen muss. Dieses ist aber nur möglich, wenn Flüchtlinge und Zuwanderung als etwas Positives verstanden und nicht „als vom Himmel gefallen“ wahrgenommen werden.

20.000 EURO REICHEN ZUR PRÄVENTION NICHT AUS

Dass Tausende von Flüchtlingen nach Berlin kommen werden, war eigentlich absehbar. Nunmehr müssen alle politischen und zivilen Kräfte gebündelt werden, um tatsächlich den schutzbedürftigen Flüchtlingen eine entsprechende Willkommensstruktur zu gewährleisten. Der Ansatz, dieses über die Stadtteilzentren zu tun, ist der richtige, aber das reicht eben nicht aus. Die Stadtgesellschaft muss sich in ihrer Breite klar und deutlich zur Zuwanderung bekennen und sich auch deutlich öffentlich dazu artikulieren, um rechten Demagogen keinen Platz zu geben.

Wir brauchen für diese Willkommensstruktur ein ganz breites gesellschaftliches Bündnis, ohne dieses funktioniert die Versorgung von Flüchtlingen nicht konfliktfrei. Die Stadtteilzentren leisten und werden dazu einen großen Beitrag leisten. Dieser Beitrag kann nur dann funktionieren, wenn die Politik die politischen und gesellschaftlichen Handlungsrahmen dazu bereitstellen. Jedenfalls reichen 20.000 Euro im Jahr für eine gesellschaftliche Prävention nicht aus. Dazu sollte uns die Demokratie recht und teuer sein. Sie sollte vor allem an diesen Orten verteidigt werden.

André Lossin □

Laptops gesucht

Das Forum Netzpolitik sammelt Laptops für Flüchtlingsheime. Für Menschen, die weit von zu Hause entfernt sind, ist der Zugang zum Internet oft die einzige Möglichkeit mit der Familie und den Freunden weiter in Kontakt zu bleiben. Bis zum 18. Dezember 2014 können die Laptops von 9 bis 17 Uhr im Kurt-Schumacher-Haus im 4. Stock, Raum 409, in der Müllerstraße 163 abgegeben werden. Der CCC Berlin sorgt dafür, dass die Daten auf dem Laptop komplett gelöscht werden und versorgt alle Geräte mit freier Software. Die gesamte Spende geht dann an die AWO Berlin, die acht Flüchtlingsheime betreibt.

Bundesimmobilien:

„Soziale Aspekte einbeziehen“

Mechthild Rawert: CDU muss Blockadehaltung bei Wohnungsverkäufen aufgeben

Nach längeren Sondierungsgesprächen gibt es nun konkrete Verhandlungen des Senats mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) um den Ankauf bundeseigener Wohnhäuser durch Wohnungsbaugesellschaften des Landes Berlins. Damit könnte sich auch die Hartnäckigkeit der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten auszahlen. Wir drängen seit Monaten auf eine tragfähige Lösung für die BImA-Wohnungen.

Das Problem ist lange erkannt: Einerseits haben wir uns im Koalitionsvertrag mit CDU und CSU auf zahlreiche Maßnahmen geeinigt, um bezahlbares Wohnen und Bauen zu sichern und auf dem angespannten Mietmarkt gegenzusteuern. Andererseits tragen gerade die vom Bund zu veräußernden Wohnhäuser zu mehr Druck auf dem Wohnungsmarkt bei, weil die BImA bisher regelmäßig zum Höchstpreis an den Meistbietenden verkauft. Die gebotenen Kaufpreise können städtische Wohnungsbaugesellschaften oder Genossenschaften nicht leisten. Die Kalkulation der Privaten geht auch nur dann auf, wenn im Anschluss an den Kauf die Mietwohnungen systematisch in Eigentum umgewandelt oder die Mieten durch Luxussanierungen in die Höhe getrieben werden.

Dieses Problem haben wir auf allen poli-



Erster erfolgreicher Verkauf der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an ein städtisches Berliner Wohnungsunternehmen: Mit dem Ankauf des Quartiers Cité Wedding vergrößert die städtische GESOBAU AG ihren Bestand um 84 Mietwohnungen in Berlin-Wedding und 39 Jahren in Berlin-Wedding.

tischen Ebenen angepackt: Auf unsere Initiative hin entstand mit den Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten die „Gemeinsame Position zur Veräußerung von Liegenschaften der BImA“. Hier fordern wir, Wohnungen zukünftig nicht mehr ausschließlich zum Höchstpreis zu verkaufen sondern verstärkt wohnungspolitische Aspekte zu berücksichtigen.

Nach weiteren Verhandlungen haben wir einen Beschluss der gesamten SPD-Bundestagsfraktion zur Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik herbeigeführt. Unsere Fraktion fordert nun, den gesetzlichen Zweck der BImA um gemeinwohlorientier-

te Ziele zu ergänzen. Außerdem soll den Kommunen bei Wohnungsverkäufen eine verbindliche Erstzugriffsoption zu einem transparent ermittelten Verkehrswert eingeräumt werden.

Leider herrscht seitens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Schweigen im Walde. Bemerkenswert, dass sämtliche Unions-Bau- und WohnungspolitikerInnen bei den entsprechenden Debatten gar nicht mehr erscheinen. Wir drängen auf Aufgabe der Blockadehaltung. Gleiches gilt für das lange geforderte Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen, welches im Land Berlin bisher an der CDU scheitert.

Es kommt aber erfreulicherweise Bewegung in die Politik der BImA: Stadtentwicklungssenator Michael Müller hatte bereits frühzeitig das Angebot unterbreitet, die Wohnungen der BImA durch das Land Berlin zu erwerben - 4.660 Wohneinheiten an 44 Standorten. Inzwischen laufen konkrete Verhandlungen und im November konnte bereits das Quartier Cité Wedding zum Verkehrswert statt zum Höchstpreis durch die städtische GESOBAU erworben werden.

Dies zeigt umso mehr: Der Verzicht auf das Höchstpreisverfahren kann zu einer wirksamen Entlastung des Wohnungsmarktes beitragen. Das sollte auch die CDU erkennen und unterstützen.

Mechthild Rawert □

Inklusion:

Im Alltag gibt es noch viele Barrieren

AG Selbst Aktiv diskutierte mit dem Bundestagsabgeordneten Fritz Felgentreu

Inklusion - ist das ein Thema in den Ausschüssen des Bundestages? Dieser Frage ging der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu bei einem Treffen mit der AG Selbst Aktiv Anfang Dezember nach.

Auf der Welt gibt es rund eine Milliarde Menschen mit Behinderung und in Deutschland sind es 9,6 Millionen Menschen. Sie alle wünschen sich Barrierefreiheit. Trotz vieler Fortschritte, so wurde beim Treffen mit Fritz Felgentreu deutlich, ist es bis dahin aber noch ein weiter Weg. Zwar haben Busse inzwischen Rampen und der öffentliche Nahverkehr ist mit Anzeigetafeln ausgestattet. Aber die Anzeigen und Ansagen können nach Ansicht der Diskussionsteilnehmer in puncto Verständlichkeit und Qualität weiter verbessert werden. Und selbst in öffentlichen Gebäuden gibt es oft noch Barrieren.

Schwierig ist oft auch die Suche nach passendem Wohnraum. In Berlin gibt es



Treffen der AG Selbst Aktiv mit dem Bundestagsabgeordneten Fritz Felgentreu. Foto: Schwambach

rund 45 000 barrierefreie Neubauwohnungen, ein Umbau, insbesondere von Altbauwohnungen, kann oft hohe Kosten verursachen. Wer auf die Hilfe durch einen Assistenten angewiesen ist, muss künftig mit höheren Kosten rechnen. Und die Bewilligung ist nicht einfach, denn die Zahl ist begrenzt. Es müssen mehr Assistenten ausgebildet werden.

Um ihre Zusatzkosten besser abdecken zu können, brauchen Menschen mit Behinderung ein höheres Arbeitslohn, so die Diskussionsteilnehmer. Derzeit bietet der Arbeitsmarkt für behinderte Menschen deutschlandweit eine Chance auf verbesserte Lebensbedingungen. Viele Jugendliche mit Behinderung erlernen nach der Schule einen Beruf. Das ist häufig eine handwerkliche Ausbildung. Aber mehr Menschen mit Behinderung arbeiten auch in Büroberufen oder auch als Politiker. Das zeige den Fortschritt für behinderte Menschen in Deutschland.

Mit Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat Deutschland 2009 deutlich gemacht, dass Menschen mit Behinderungen dieselben Rechte zustehen wie anderen Menschen auch. Um die Umsetzung zu verbessern, will die SPD-Bundestagsfraktion bis zum Jahr 2016 ein Bundesteilhabegesetz verabschieden.

Tobias Schwambach □

Bundeshaushalt:

Konsequent gegen Steuerbetrug

Cansel Kiziltepe: Auch das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit

In der vergangenen Woche hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit dem Regierungsentwurf zur Verschärfung der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung zugestimmt. Für Straftäter wird damit die Rückkehr in die Steuerehrlichkeit ab 2015 spürbar aufwendiger und teurer werden.

Bereits in meiner ersten Rede im Deutschen Bundestag am 29. Januar habe ich darauf hingewiesen, dass eine höhere Steuergerechtigkeit unabdingbar ist, damit es in Deutschland wieder gerechter zugeht. Deutschland verliert durch Steuerbetrug und die sogenannte Steueroptimierung jedes Jahr rund 160 Milliarden Euro. Die Bekämpfung der Steuerhinterziehung war und ist für die SPD immer auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Viele ArbeitnehmerInnen hatten nach der Aufdeckung prominenter Fälle von Steuerbetrug den Eindruck gewonnen, dass sich Wohlhabende vom Tatbestand der Steuerhinterziehung freikaufen könnten. Der Schaden, den Steuerbetrug anrichtet, ist eben nicht nur fiskalischer Natur, er hat auch eine gesellschaftspolitische Dimension. Steuerbetrug ist Betrug an der Allgemeinheit und verbaut Zukunftschancen. Daher habe ich bereits im Januar darauf hingewiesen, dass wir die Regelungen für die strafbefreiende Selbstanzeige unbedingt verschärfen müssen. Wenn das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen in diesem Land erschüttert wird, können wir nicht tatenlos bleiben, sondern müssen politisch handeln.

Für uns SozialdemokratInnen ist klar: Eine Bereicherung Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit darf es mit uns nicht geben. Die SPD hat sich vorgenommen diesem Versteckspiel vor der gesellschaftlichen Solidarität ein Ende zu setzen. Zusammen mit den Grünen und der Linkspartei hat die SPD im Bundesrat das geplante Steuerabkommen mit der Schweiz Ende 2012 verhindert. Heute wissen wir, es war eine gute und richtige Entscheidung. Wenn man sich die Zahlen der Selbstanzeigen der Steuerbetrüger im Jahr 2013 anschaut, ist eine Verdreifachung der Selbstanzeigen erkennbar, daraus resultierten zusätzliche Einnahmen von fast vier Milliarden Euro. Diese Mehreinnahmen hätte es nicht gegeben, wäre es Schwarz-Gelb gelungen die Anonymität und Straffreiheit in diesem Abkommen festzuschreiben. Daher war von Anfang an klar: Unsere Aufgabe ist es, die Steuerschlupflöcher zu stopfen und die Regelung zur strafbefreienden Selbstanzeige so zu entwickeln, dass der milde Umgang



Cansel Kiziltepe ist Mitglied im Finanzausschuss des Bundestages. Foto: SPD Berlin

mit Steuerverbrechern ein Ende hat. Über das Jahr haben wir viel erreicht und unser Versprechen gehalten. Mit dem Beschluss vom 04. Dezember setzen wir unsere Forderungen in die Tat um und sorgen ab 2015 für mehr Steuergerechtigkeit.

Uns ist es dabei wichtig zu betonen, dass es nicht nur darum gehen muss, diejenigen konsequent zu verfolgen, die sich auf ihren persönlichen Egotrip begeben, sondern es geht um die Handlungs- und Investitionsfähigkeit unseres Landes und seiner Institutionen.

Mit dem Gesetz wird auch dem veränderten Bewusstsein der BürgerInnen Rechnung getragen. Daher ist es gerecht, die Straffreiheit oder das Absehen von der Strafverfolgung von weitergehenden Erklärungs- und Zahlungsverpflichtungen abhängig zu machen. Durch eine Selbstanzeige werden künftig nur noch diejenigen straffrei, die ihre in den letzten zehn Jahren hinterzogenen Steuern nacherklären und

nebst Hinterziehungszinsen entrichten. Bei Hinterziehungen von über 25.000 Euro pro Tat muss der Täter zusätzlich eine Strafzahlung leisten, um eine Strafverfolgung abzuwenden.

Für Umsatzsteuervor- und Lohnsteueranmeldungen wird die Möglichkeit der Teilselbstanzeige wieder eingeführt. Diese notwendige Korrektur des Schwarzgeldbekämpfungsgesetzes von CDU/CSU und FDP aus dem Jahr 2011 schafft Rechtssicherheit im Interesse der Unternehmer und der Finanzverwaltung.

Die Unterstützung für diesen Gesetzesentwurf beruht auf den Vorschlägen der Länderfinanzminister, die im letzten Jahr eine umfassende Evaluierung der geltenden Bestimmungen durchführten. Von Beginn an haben SozialdemokratInnen in Bund und Ländern an einem Strang gezogen. Es spricht für das Gesetz, dass auch grüne LandesministerInnen eine konstruktive Rolle bei der Vorbereitung des Beschlusses der Finanzministerkonferenz im Mai 2014 hatten. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes lehnen wir uns keinesfalls selbstzufrieden zurück nach dem Motto: Ein gutes nationales Gesetz reicht uns jetzt erst einmal.

Unseren Kampf gegen Steuerbetrug setzen wir auf allen Ebenen konsequent fort. Die Steueroasen müssen weiter ausgetrocknet werden. Die Umsetzung des Aktionsplans der OECD gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen von multinationalen Unternehmen (Base Erosion and Profit Shifting) hat auch in Zukunft Priorität. Auch beim Datenaustausch auf europäischer Ebene arbeiten wir in Zukunft an einer besseren und effektiveren Zusammenarbeit. **Cansel Kiziltepe** □

Kinderrechte im Blick

Bundestagsfraktion lädt zur Diskussion

Wie können Kinderrechte weltweit und in Deutschland konkret verbessert werden? Darüber diskutiert die SPD-Bundestagsfraktion mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Fachexpertinnen und -experten am 14. Januar 2015 im Reichstag in Berlin.

Die UN-Kinderrechtskonvention hatte am 20. November 2014 ihren 25. Geburtstag. Aber auch in Deutschland kann von einer vollständigen Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention noch keine Rede sein.

An der Diskussion nehmen u.a. teil: Thomas Oppermann (Vorsitzender der SPD-

Bundestagsfraktion), Manuela Schwesig (SPD, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Dr. Sebastian Sedlmayr (UNICEF Deutschland), Susann Rührich SPD (MdB, Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion), Sönke Rix (MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion). **BS** □

➔ Die Veranstaltung findet im Reichstagsgebäude in Berlin statt. Anmeldungen sind bis zum 09.01.2015 möglich unter <http://www.spdfraktion.de/service/termine/25-jahre-un-kinderrechts-konvention>.

Landesverband:

„Willkommen in der SPD“

Neumitglieder im Kurt-Schumacher-Haus

Rund sechzig Mitglieder, die in den vergangenen Wochen in die Berliner SPD eingetreten sind, nutzten am 3. Dezember das Angebot zu einem Rundgang durch das Kurt-Schumacher-Haus. In einer anschließenden Gesprächsrunde berichteten sie dem SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß und Landesgeschäftsführer Dennis Buchner über ihre ersten Erfahrungen in der SPD und die Beweggründe zum Eintritt.

Rund 300 Mitglieder hat die Berliner SPD in der Zeit vom Start des Mitgliedervotums bis November gewonnen. Aber das Mitgliedervotum war in vielen Fällen nur der Auslöser, einen Schritt zu vollziehen, über den sie bereits länger nachgedacht hätten, berichteten die Neumitglieder. Ein Neumitglied mit britischem Pass hatte nach Möglichkeiten gesucht, damit es sich politisch einbringen kann, auch wenn eine Teilnahme an Wahlen im Bund oder Land nicht möglich ist. Und eine neue Genossin nannte als Eintrittsgrund die oft übertriebene oder ungerechte Kritik an Politik und Parteien, der sie mit ihrem Engagement eine positive Antwort entgegensetzen wollte.

Beim Rundgang durch das Kurt-Schumacher-Haus konnten u.a. die Druckerei und



Neumitglieder im Gespräch mit dem Landesvorsitzenden Jan Stöß und Landesgeschäftsführer Dennis Buchner.

der Postversand, der Mitgliederservice und die Pressestelle besichtigt werden. **BS □**

Programmdebatte

Mehrere hundert Rückmeldungen hat es per Postkarte oder im Internet auf die Frage nach den wichtigsten Themen für das künftige Wahlprogramm gegeben. Sie werden jetzt ausgewertet, Ergebnisse werden voraussichtlich im Januar vorliegen. Alle Mitglieder sollen am weiteren Programmprozess beteiligt werden. **BS □**

„Gewalt entgegenreten“

Stöß: Bedrohung von politischer Arbeit nicht hinnehmen

Politische Auseinandersetzungen dürfen nicht mit Gewalt und persönlicher Bedrohung ausgetragen werden.

Nach einem Angriff auf das Wohnhaus der Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg Monika Herrmann (Grüne) hat ihr der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß die Solidarität der SPD zugesichert. „Gewalt darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung in unserer Demokratie sein. Die zunehmende Tendenz, politisch Verantwortliche, gewählte Politiker und zuletzt auch Journalisten persönlich in ihrem Wohnumfeld anzugreifen und als Personen zu verfemen, darf niemanden kalt lassen. Dass das Schicksal von Flüchtlingen als Legitimation für solche hirnlosen Angriffe missbraucht wird, ist besonders zynisch. Die Berliner Politik wird sich aber von solchen Drohungen nicht einschüchtern und auch nicht verunsichern lassen.“

Auch rechtsradikale Gewalt bleibt weiter eine Gefahr. Ende November hatte der SPD-Abgeordnete Rainer-Michael Lehmann das

Pankower Jugendbündnis „Kiez gegen rechts“ beim Entfernen von rechtsextremer Propaganda im Ortsteil Buch unterstützt. Dabei kam es erneut zu einem Übergriff. „Plötzlich wurden wir aus einem Wohnhaus heraus angeschrien. Die Person kam aus der Wohnung und drohte uns mit körperlicher Gewalt, sodass ich mich gezwungen sah die Polizei zu rufen“, berichtet Lehmann. „Aus einem anderen Fenster heraus wurden wir mit einem Feuerwerkskörper angegriffen. Als wenig später ein Auto hinzugerufen wurde und die Insassen uns ebenfalls bedrohten, sahen wir uns gezwungen in das Café im Bucher Bürgerhaus zu flüchten während uns der Wagen folgte. Nach bangem Warten eskortierte uns die Polizei schließlich zum S-Bahnhof Buch.“ Lehmann will sich nicht einschüchtern lassen: „Es ist ein nicht akzeptabler Zustand, dass engagierte Menschen angegriffen, bedroht und verfolgt werden. Das gilt für Berlin-Buch und überall. Es ist reiner Zufall, dass diesmal niemand zu Schaden kam.“ **BS □**

FRAKTION INTERN

Faltblatt zum Thema Flüchtlinge. Die SPD-Fraktion hat ein Informationsfaltblatt „Gemeinsame Verantwortung für Flüchtlinge“ erstellt. Wir bekennen uns dazu, Menschen Schutz zu gewähren, die vor Krieg und Verfolgung fliehen müssen. Bedenken von Anwohnern neuer Flüchtlingsheime wollen wir auf der Grundlage von Dialog und gegenseitigem Respekt ausräumen. Rechtsextremistischen Bestrebungen und menschenverachtenden Ideologien treten wir entgegen. Das Faltblatt ist in den Bürgerbüros der Abgeordneten erhältlich und wird an Informationsständen verteilt. Es enthält Zahlen und Fakten zur aktuellen Situation und bietet Argumente. Auf der Internetseite der Fraktion www.spdfraktion-berlin.de kann es unter den Stichworten Themen und Veröffentlichungen heruntergeladen werden.

Klausurtagung der SPD-Fraktion. Die jährliche Klausurtagung der SPD-Fraktion findet vom 23. bis 25. Januar 2015 in Leipzig statt. Schwerpunkt wird das Thema Integration und Flüchtlinge sein.

Stadteilteile im Dezember und Januar. Der letzte Stadteilteiletag in diesem Jahr findet am 18. Dezember in Spandau statt. Der Abgeordnete Daniel Buchholz lädt zum Rundgang durch die Feuerwache Spandau-Süd und zum Besuch der Stadtteil-Bibliothek Haselhorst ein. Außerdem gibt es eine gemeinsame Bürgersprechstunde mit Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank. Am Nachmittag wird es im Bürgerbüro von Buchholz, einer ehemaligen Spielhalle, weihnachtlich. Bei Kuchen, Gebäck und heißen Getränken kann geplaudert werden. Abends findet dann im Stadteilladen die Veranstaltung „Achtung, hier spricht Berlin!“ mit Anekdoten, Ton- und Videoausschnitten statt. Thema ist der Sender Freies Berlin und die Geschichte unserer Stadt. Weitere Informationen und Anmeldung unter: Tel. 92359280 oder www.danielbuchholz.de Die Reihe Stadteilteile wird natürlich auch im kommenden Jahr fortgesetzt. Alle 47 Abgeordneten werden zwei Stadteilteile anbieten mit vielfältigem Programm. Los geht es am 20. Januar mit dem Abgeordneten Björn Eggert. Alle Informationen und Termine unter www.spdfraktion-berlin.de/stadteilteile.

Frohe Weihnachten! Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses wünscht allen Leserinnen und Lesern der Berliner Stimme ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr! Die Ausschusssitzungen des Abgeordnetenhauses beginnen wieder ab dem 5. Januar 2015, die nächste Plenarsitzung findet am 15. Januar statt. **cs □**

Humanistischer Verband:

„Aufklärerisch, offen, tolerant“

Bruno Osuch und Felicitas Tesch über die Arbeit des Humanistischen Verbandes

Im Oktober ist Bruno Osuch einstimmig zum neuen Präsidenten des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg gewählt worden. Osuch arbeitet hauptberuflich als Pädagoge und Fachbereichsleiter an der Internationalen Schule „Nelson Mandela“. Er ist seit über 26 Jahren ehrenamtlich im Präsidium des HVD Berlin-Brandenburg aktiv. Als eine seiner Stellvertreterinnen wurde Felicitas Tesch wiedergewählt, bis 2011 Mitglied der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und dort deren bildungspolitische Sprecherin. Im Interview mit der BERLINER STIMME erläutern sie Ziele und Arbeit des Humanistischen Verbandes.

Im Dezember ist das Straßenbild geprägt von Weihnachtssternen und viel christlicher Symbolik. Wie geht man damit um, wenn man sich nicht an eine Konfession gebunden fühlt?

Felicitas Tesch: Zum einen ist der HVD tolerant gegenüber allen Kulturen und Religionen, solange sie nicht die menschlichen Grundrechte verletzen. Zum anderen hat der „Weihnachtsrummel“ wenig mit der Besinnung auf christliche Werte zu tun. Ich kenne viele Menschen, die es nicht begrüßen, dass es bei uns bereits im September Spekulatius in den Supermärkten zu kaufen gibt. Außerdem beobachte ich eine zunehmende „Amerikanisierung“ von „Xmas“, wie man dort schreibt. Im Übrigen: Der Weihnachtsbaum ist ursprünglich kein christliches Symbol und die Kirchen haben das Geburtsdatum von Jesus bewusst auf die alten heidnischen Winter- bzw. Sonnenwendfeste vorverlegt. Und der Weihnachtsmann trägt rot wegen Coca-Cola. Die Grenzen zwischen dem christlichen Glauben und dem Kommerz sind verschwommen. Mein Fazit: Ich begrüße alle, die die Vorweihnachtszeit nutzen, um über den Sinn des (diesseitigen) Lebens nachzudenken und kann mich nicht mit denjenigen identifizieren, die sich gestresst dem Konsumrausch hingeben. Jeder sollte nach seiner Façon seelig werden.

Für welche Werte tritt der Humanistische Verband ein?

Bruno Osuch: Unsere Werte sind zuerst die Selbstbestimmung und Freiheit des Einzelnen kombiniert mit sozialer Verantwortung. Hinzu kommen die Gerechtigkeit, Solidarität und das kritisch-wissenschaftliche Denken. Es ist eine Ethik ohne Gott. Unsere geistigen Quellen liegen in der Arbeiterbewegung aber auch in einem



Bruno Osuch ist Präsident des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg

sozial verantwortlichen Liberalismus, in der europäischen Aufklärung und gehen bis in die antike Philosophie zurück. Und wir zielen dabei auf einen praktischen Humanismus ab, der nichtreligiösen Menschen die gleichen Rechte und Möglichkeiten bieten soll wie den kirchlich Gebundenen. Das Grundgesetz hat dafür den Begriff der „Weltanschauungsgemeinschaft“ geprägt, die den Kirchen gleich gestellt sind.

2009 haben sich die Berlinerinnen und Berliner in einem Volksentscheid für die Einführung eines gemeinsamen Werteunterrichts an den Schulen und die Beibehaltung der Freiwilligkeit beim Religionsunterricht ausgesprochen. Der Humanistische Verband ist selbst Träger eines solchen freiwilligen Lebenskundeunterrichts. Wie wird der angenommen und wie ist das Verhältnis zum Werteunterricht?

Felicitas Tesch: Der Humanistische Verband hat sich sofort nach Gründung an der Initiative „ProEthik“ beteiligt, die als Reaktion auf die Initiative „ProReli“ entstanden ist. „ProReli“ hat den Volksentscheid erzwungen, um Religion als ordentliches Unterrichtswahlfach einzuführen. Der HVD hat sich mit „ProEthik“ für ein gemeinsames Wertefach für alle Kinder eingesetzt. „Gemeinsam - nicht getrennt“ war damals unser Motto. Mit diesem Ansatz haben wir die Berlinerinnen und Berliner überzeugt, mehrheitlich mit „Nein“ beim Volksentscheid zu stimmen - ein großer Erfolg. Das neue Fach „Ethik“ wird ab Klasse 7 gelehrt; der Religions- und Weltanschauungsunter-

richt bleibt freiwillig. „Ethik“ steht nicht in Konkurrenz zum Lebenskundeunterricht, der von annähernd 60.000 Kindern und Jugendlichen gewählt wird. Im Bereich der Grundschulen ist der HVD mit seinem Fach damit schon der größte Anbieter. Entgegen den Befürchtungen der Kirchen haben sich die Kinder und Jugendlichen nicht von diesen freiwilligen Angeboten abgemeldet - im Gegenteil, die Zahlen steigen.

Bei vielen aktuellen Konflikten in der Welt spielen Religionen eine große Rolle. Manche Konflikte reichen bis in die Klassenzimmer. Was können Humanisten in dieser Situation anbieten?

Bruno Osuch: Alleine unser aufklärerischer sowie offen und tolerant angelegter Lebenskundeunterricht ist schon ein Stück Gewaltprävention. Das bestätigen uns immer wieder besonders die Direktoren der Grundschulen. Eine Erziehung, die auf die Stärkung des Selbstbewusstseins des Einzelnen, der Empathiefähigkeit und der kulturellen Offenheit abzielt ist eine wichtige Voraussetzung. Wir sind aktiv in vielen schulischen und außerschulischen Projekten zur interkulturellen Erziehung. Und wir suchen den Dialog mit den anderen Religionen und Weltanschauungen. Deshalb haben wir uns z.B. auch auf Bezirks- und Senatsebene für eine Ausweitung des Dialogs der Religionen um die Weltanschauungen stark gemacht. Rassismus und Intoleranz sind am besten im gegenseitigen Kennenlernen und gemeinsamen Miteinander zu begegnen.

Zu den bekanntesten Angeboten des HVD gehört die Jugendfeier, die ja Jugendlichen auch Orientierung beim Schritt ins Erwachsenenleben geben will. Wie ist die Resonanz darauf?

Felicitas Tesch: Die Jugendfeier ist unsere wichtigste und bekannteste Kulturveranstaltung. 2014 nahmen 2550 Jugendliche an den großen Feiern im Friedrichstadtpalast teil; für das Jahr 2015 haben wir jetzt schon über 2800 Anmeldungen. Neben den großen Feiern in Berlin richten unsere Regionalverbände in Brandenburg dezentrale Veranstaltungen aus, an denen letztes Jahr über 4000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verzeichnen waren. Zu jeder Jugendfeier im Friedrichstadtpalast hat Klaus Wowereit ein Videogrüßwort geschickt; Festredner/innen waren u.a. Klaus Böger, Gregor Gysi, Özkan Mutlu, Carola Bluhm, Renate Künast und Mark Rackles. Frank-Walter Steinmeier hält jedes Jahr in seinem Wahlkreis in Brandenburg an der Havel eine Rede beim HVD. Sie sehen, die

Fortsetzung von Seite 10

Resonanz ist gewaltig. Die Jugendfeiern des HVD sind ein fester Bestandteil und echter Höhepunkt des kulturellen Lebens unserer Stadt und der gesamten Region.

Der Humanistische Verband ist Träger zahlreicher Einrichtungen, von der Kita bis zur Sozialstation. Wo ist der Bedarf am größten?

Bruno Osuch: Im Grunde ist der Bedarf überall vorhanden. Bei fast 70 Prozent konfessionsfreier Menschen in der Stadt ist das auch nicht verwunderlich. Sobald die Menschen unsere Angebote kennen lernen, nehmen sie sie dankend an - von der Kinder- und Jugendarbeit über humanistische Hochzeitsfeiern und der Schwangerschaftsberatung, von unserer Akademiearbeit bis zum Mobilitätshilfsdienst oder den 5 Hospizeinrichtungen. Ein besonderer Bedarf besteht zukünftig sicherlich im weiteren Auf- und Ausbau von betreutem Wohnen für ältere Menschen, z.B. auch für Demenzerkrankte. Und nicht zu vergessen unsere Patientenverfügungen, die auch bundesweit sehr anerkannt und gefragt sind. Schon jetzt beschäftigt der HVD in Berlin und Brandenburg über 1200 Menschen. Hinzu kommen fast 1000 ehrenamtlich Engagierte. Unsere Perspektive ist, überall wo es „seelsorgerische“ Angebote der Kirchen gibt, ein weltlich-humanistisches Pendant für konfessions- bzw. religionsfreie Menschen zu schaffen. In den Niederlande und Belgien ist dies schon weitgehend realisiert. Dort gilt die Parität etwa auch in den medizinischen oder den Rundfunkbeiräten.

Welche Einrichtungen sind neu hinzugekommen, bzw. welche sind in Planung?

Bruno Osuch: In den letzten beiden Jahren sind zahlreiche neue Einrichtungen hinzugekommen wie z.B. Kitas und Jugendclubs. Eine der bedeutendsten Neugründungen ist die Humanistische Fachschule für Sozialpädagogik, die 2012 übrigens in Anwesenheit unserer Schulsenatorin Scheres eingeweiht wurde. Dort bilden wir in Teilzeit- und Vollzeitlehrgängen vor allem Erzieherinnen und Erzieher aus. Zusätzlich wollen wir die Schule zu einer Humanistischen Kulturschule für Sozialarbeit profilieren. Dazu gehören dann besondere Angebote in den Bereichen Musik, Tanz, Malerei, Theater oder Zirkus als Teil der regulären Ausbildung. Zum anderen beinhaltet das Profil auch einen besonderen Studiengang „Kulturpädagogik“.

Felicitas Tesch: Die wichtigste Neugründung in 2015 wird die Einweihung eines Neubaus für unser Kinder-Tageshospiz „Berliner Herz“ sein, dessen Schirmherr übrigens der Schauspieler Matthias Brandt ist. Bisher sind unsere Hospizhelfer in die Familien gegangen, um vor Ort für Entlastung zu sorgen. Mit dem neuen Gebäude



Felicitas Tesch ist stellvertretende Vorsitzende des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg.

Fotos: HVD Berlin-Brandenburg

können wir die Kinder tagsüber und bei Bedarf auch nachts stationär aufnehmen und die Eltern sind dann unabhängiger z.B. um wieder ihrem Beruf nachgehen zu können. Das wäre zugleich das erste stationäre Kinder-Tageshospiz weit und breit. Und wir wollen uns im kommenden Jahr auch deutlich stärker für Flüchtlinge und Asylsuchende engagieren.

Bruno Osuch: Ein weiteres zentrales Ziel ist die Erlangung der Körperschaftsrechte. Wir gehen davon aus, dass der Senat unseren Antrag in 2015 bewilligt, zumal wir alle formalen Voraussetzungen längst erfüllen: Wir repräsentieren mit ca. 10.000 Mitgliedern weit über ein Promille der Berliner Bevölkerung, wir verfügen mittlerweile wieder über eigene Immobilien und nicht zuletzt können wir eine über 100-jährige demokratische Tradition vorweisen. Besonders stolz sind wir auf die prominente Beratung unserer gesamten Arbeit durch ein Kuratorium. Darin wirken u.a. so bekannte Persönlichkeiten mit wie der Spandauer Bundestagsabgeordnete Swen Schulz, der langjährige Geschäftsführer des DPW und ehemalige Rektor der Fachhochschule Alice Salomon, Prof. Brauns, die Kulturpolitikerin Alice Ströver, der ehemalige Präsident der FU, Prof. Kreibich, der MdB der Linken Stefan Liebich oder der Vorsitzende der Historischen Kommission der Berliner SPD, Siegfried Heimann und die stellvertretende Landesvorsitzende der SPD, Iris Spranger. Seit Oktober neu hinzugekommen sind der Staatssekretär beim Schulsenat, Mark Rackles und die Kulturbeauftragte beim Landesvorstand der Berliner SPD, Barbara Scheffer.

Fragen: U. Horb □

➡ Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg e.V., Wallstrasse 61-65, 10179 Berlin, T: 030 613904-0, info@hvd-bb.de, www.hvd-bb.de

Int. Liga für Menschenrechte:

Verleihung der Ossietzky-Medaille

Im hundertsten Jahr ihrer Geschichte verleiht die Internationale Liga für Menschenrechte die Carl-von-Ossietzky-Medaille 2014 an den Ex-NSA-Mitarbeiter und Whistleblower Edward Snowden, die Dokumentarfilmregisseurin Laura Poitras und den Journalisten und Juristen Glenn Greenwald.

„Transparente Demokratie braucht Whistleblower, Whistleblower brauchen menschenrechtlichen Schutz“, lautet das Motto der diesjährigen Verleihung am morgigen Sonntag in der Urania. Gerhart Baum, Bürgerrechtler und ehemaliger Bundesinnenminister wird die Laudatio auf Edward Snowden halten, Peter Lilienthal, Filmregisseur und Ossietzky-Medaillenträger 2012, die Laudatio auf Laura Poitras sowie Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, der Snowden in Deutschland vertritt und zu dessen internationalem Juristenteam gehört, die auf Glenn Greenwald.

Die Liga zeichnet mit Edward Snowden einen außergewöhnlichen und mutigen Whistleblower aus, der mit seinen Enthüllungen den größten geheimdienstlichen Überwachungs- und Ausspähskandal aller Zeiten aufgedeckt hat, unter dem praktisch



alle BürgerInnen zu leiden haben. Mit seiner Gewissens- und Lebensentscheidung setzte er, so die Liga, „seine persönliche Freiheit aufs Spiel, um unsere zu schützen“. „Er hat unsere Werte verteidigt – jetzt müssen wir ihn verteidigen“, mahnt Gerhart Baum.

Laura Poitras und Glenn Greenwald haben Snowdons Erkenntnisse „auf höchst professionelle Weise, umsichtig und verantwortungsvoll der Weltöffentlichkeit nach und nach zur Kenntnis gebracht“. Der gerade in den Kinos angelaufene Film „Citizenfour“ unter der Regie Laura Poitras dokumentiert die Bedeutsamkeit des Einsatzes aller drei Ausgezeichneten eindrücklich. **PM** □

➡ Verleihung der Ossietzky-Medaille, 14. Dezember 2014, um 11:00 Uhr in der Urania Berlin

Tagung:

Dokumente und Zeitzeugen

Archivgespräch zur Arbeiterjugend in den 1960er Jahren

Unter dem Titel „Die SJD-Die Falken und die Freie Deutsche Jugend (FDJ) in den 1960er Jahren“ fand am 29. November ein von dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung veranstaltetes Archivgespräch in Berlin-Friedenau statt.

Ehemalige aktive Falkenmitglieder wie Manfred Rexin, Jürgen Dittner oder Günther Jahn beteiligten sich ebenso, wie der Historiker Siegfried Heimann, der Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD, Michael Schmidt, Autor des Buches „Die Falken in Berlin. Jugendbegegnung durch Gedenkstättenfahrten“, sowie die Historikerin Christiane Wienand vom University College London an dem Treffen.

Mit dem Ziel Zeitzeugnisse zu sammeln und archivische Quellen einem interessierten Publikum vorzustellen, bildete das Archivgespräch den Auftakt für die weitere Bearbeitung des Themas. Die im Januar 2015 stattfindende Archivtagung knüpft dann mit dem Thema Gedenken als Praxis politischer Zeichensetzung an den besprochenen Zeitraum der 1960er Jahre an. Sie greift aktuelle Diskurse der Erinnerungskultur auf und widmet sich der historischen Entwicklung von Zielen und Umsetzung von Gedenkstättenfahrten, die als politisch-pädagogisches Instrument auf verschiedene Weise von Jugendverbänden und anderen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe realisiert wurden und noch immer werden.

Der Förderkreis „Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung“ ist eng mit dem Archiv verbunden und unterstützt dessen laufende Arbeit. Mehr Informationen über die kommende Archivtagung und die Mög-



Archivgespräch über „Die SJD-Die Falken und die Freie Deutsche Jugend (FDJ) in den 1960er Jahren“ im Friedenauer Luise-und-Karl-Kautsky-Haus der Falken: Auftakt zur weiteren Materialsammlung.

Foto: Dörte Hein

lichkeit Förderer zu werden, finden sich auf der Homepage des Archivs der Arbeiterjugendbewegung.

Das Archiv der Arbeiterjugendbewegung erschließt, bewahrt und sammelt auf rund 4000 Regalmetern die Zeugnisse der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung und stellt diese seit über dreißig Jahren einem breiten Publikum aus Wissenschaft und Jugend- und Erwachsenenbildung zur Verfügung.

Dörte Hein □

➔ Mail: archiv@arbeiterjugend.de, Internet: www.arbeiterjugend.de

➔ Gedenken als Praxis politischer Zeichensetzung, Jahrestagung 23.–24. Jan. 2015, Tagungsbeitrag 10,- Euro zzgl. Übernachtungskosten, Archiv der Arbeiterjugendbewegung, Haardgrenzweg 77 · 45739 Oer-Erkenschwick

Lokalgeschichte:

Die persönliche Sicht

„Panke-Postille“ zum Thema „1. Weltkrieg und Wedding“

In einem Sonderheft der „Panke Postille“ hat der Weddinger Heimatverein jetzt Materialien und Artikel zum Thema „Der Erste Weltkrieg und der Wedding“ zusammengestellt. Damit wird die aktuelle Ausstellung im Mitte Museum (Pankstr.47) begleitet.

Die Broschüre enthält u.a. den Beitrag von Bernd Schimmler über die Haltung der Weddinger Arbeiter zu Beginn des Ersten Weltkriegs (siehe BS 19-2014), Einschätzungen zur „Kriegsschuldfrage“, einen Artikel von Tommy Spree zur Entstehung des Antikriegs-Museum seines Großvaters Ernst Friedrich und Berichte über verschiedene

Teilaspekte der Kriegsführung und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Wedding. Mitglieder des Heimatvereins waren einem Aufruf gefolgt und hatten Materialien für die Ausstellung zur Verfügung gestellt, die teilweise auch in der Broschüre abgebildet sind. Darunter befinden sich auch Fotos und Dokumente, die der frühere Bezirksbürgermeister Jörg-Otto Spiller aus Erinnerungsstücken seines Großvaters herausgesucht hatte. **uh** □

➔ Die Panke-Postille gibt es im Mitte Museum für 3 Euro oder beim Weddinger Heimatverein, c/o Bernd Schimmler, Kattegatstr.18, 13359 Berlin (zzgl.1,45 Euro Porto).

Mauerfall:

Eine Chronik der Revolution



Der Mauerfall: Ein Volk nimmt sich die Freiheit, von Lars-Broder Keil und Sven Felix Kellerhoff, gebundene Ausgabe 2014, 300 Seiten Edition Lingen Verlag; ISBN-10: 3942453878, 24,95 Euro.

Zum Mauerfall-Jubiläum in diesem Jahr haben die beiden Journalisten Lars-Broder Keil und Sven Felix Kellerhoff eine umfangreiche und reich illustrierte Dokumentation vorgelegt. Sie beginnt - geordnet nach Jahreszeiten - im Jahr 1987 mit dem Besuch Honeckers in der Bundesrepublik und endet mit dem Festakt zur Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990.

Dazwischen liegen Monate voller weitgehend unvorhersehbarer Entwicklungen - der von Franz-Josef Strauß organisierte Milliarden-Kredit für die DDR, eine weitgehend unbeirrbar SED-Führung, die beharrliche Arbeit der DDR-Opposition, die Veränderungen in der Sowjetunion, die zunehmende Fluchtbewegung. Der auf 300 Seiten ausgebreiteten Materialfülle merkt man an einigen Stellen an, wie sehr einzelne Ereignisse in ihrer Bewertung noch heute politisch umstritten sind. So wird etwa das gemeinsame Papier von SED und SPD, das im August 1987 nach dreijährigen Verhandlungen veröffentlicht wurde, nur als Beleg dafür herangezogen, dass die SPD die Zweistaatlichkeit akzeptiert habe. Für reformorientierte SED-Mitglieder und die DDR-BürgerrechtlerInnen dürften jedoch die im „Neuen Deutschland“ veröffentlichten Aussagen zum ungehinderten Informationsfluss in Form von Zeitungen und Publikationen und die Aufgabe des Wahrheitsanspruchs der SED wichtige Passagen gewesen sein.

Zeittafeln, reportageartige Beschreibungen ausgewählter Ereignisse und die zahlreichen Fotos zeigen das zunehmende Tempo der Veränderungen, den wachsenden Druck auf die SED, Mauerfall und die Organisation der Einheit. Eine spannende Aufbereitung von Geschichte. **uh** □

SPD-Geschichte:

„Das Blatt anstatt“

Anfang 1990 erschien die Erstausgabe des „Stadtblatts“

Es waren hektische Zeiten Ende des Jahres 1989. Am 5. November hatte sich der Bezirksverband Berlin der SDP in Ost-Berlin gegründet, in allen Bezirken entstanden SDP-Basisgruppen. Und der Mauerfall schuf völlig neue Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Im Januar erschien mit dem „Berliner Stadtblatt“ die erste Zeitung des Bezirksverbandes.

In ihrer Ausgabe vom 4. November berichtete die Berliner Stimme über einen vom Senat erwarteten Touristenansturm aus der DDR, wenn die erwarteten Reiseerleichterungen in Kraft treten würden. In der selben Ausgabe berichtete Ehrhardt Körting exklusiv über die Gespräche mit der SDP, die er gemeinsam mit Norbert Gansel, Petra Merkel und Niko Sander führte. Die neue Partei, so Körtings Feststellung, arbeite wie „unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes“. Nur neue Strukturen, wie sie die SDP darstelle, und der Druck der Bevölkerung könnten einen wirklichen Wandel in Gang setzen. In ihrer Ausgabe vom 18. November konnte die Berliner Stimme den Fall der Mauer als „Erfolg der Menschen“ melden. Gleichzeitig erschien das erste Interview mit Stephan Hilsberg als Sprecher der SDP, der einen Kassensturz fordert und die Einrichtung Runder Tische. Während Harry Ristock in einem Interview aus Sorge vor der europäischen Entwicklung „das Wiedervereinigungsgerede“ eher schädlich findet, fordert Ehrhard Körting in einem Diskussionsbeitrag bereits einen „völligen Neuanfang in der Deutschlandpolitik“: Es dürfe nichts mehr getan werden, was die zerfallende Macht der SED noch stabilisieren könnte.

In der Ausgabe vom 2. Dezember 1989 sieht Dietrich Stobbe „Berlin als Forum für Ost-West-Begegnungen aller Art“. Vierzehn Tage später zitiert die Berliner Stimme Hans-Jochen Vogel auf der Titelseite: „Die SDP ist unser Partner in der DDR“. Im Dezember gibt es die ersten Treffen der Redaktion mit der Berliner Bezirksvorsitzenden Anne-Kathrin Pauk und Ulrich Scholz, der vom SDP-Bezirksverband als Redakteur für die neue Zeitung benannt worden war. Mit dem Titel „Berliner Stadtblatt“ sollte die Alternative zur bisherigen SED-Zeitungslandschaft deutlich werden („Das Blatt anstatt“), ein paar Ausgaben später wurde daraus das „Berliner Stadtblatt“, durchaus in Anknüpfung an den Titel einer SPD-Tageszeitung, die von Willy Brandt 1951 redaktionell verantwortet wurde.

Das Berliner Stadtblatt wurde inhaltlich voll vom Bezirksverband bestimmt, die



Das Berliner Stadtblatt erschien mit seiner ersten Ausgabe am 27. Januar 1990.

technische Herstellung erfolgte durch die Redaktion der Berliner Stimme im Westteil. Der Verlag konnte für die offiziell von der DDR-Regierung zugelassene Zeitung so viele Anzeigenkunden werben, dass das „Berliner Stadtblatt“ in Ost-Berlin kostenlos verteilt werden konnte. Zugleich lag die Erstausgabe auch der Berliner Stimme bei, um den Informationsaustausch zwischen Ost und West zu verbessern. Die ersten Patenschaften zwischen Abteilungen (West) und Basisgruppen (Ost) entstanden, Bürobedarf und Vervielfältigungsgeräte wurden in den Büros der inzwischen in SPD umbenannten Partei in Ost-Berlin abgegeben. U.H. □

Gedenken:

Klaus Schütz und die Berliner Falken

Zum 2. Todestag am 29. November ist am ehemaligen Wohnhaus von Klaus Schütz in der Johannisberger Straße 34 in Wilmersdorf eine Gedenktafel enthüllt worden. Auch ehemalige Mitglieder der Falken waren dabei.

Denn seine ersten politischen Erfahrungen sammelte Klaus Schütz bei den Falken in der aktiven Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und - nach der Zulassung durch die Alliierten im Oktober 1947 - als Kreisvorsitzender und als Delegierter der 2. Landesdelegiertenkonferenz der Falken im Februar 1949.

Schon im Dezember 1946 war er für die Falken zusammen mit Heinz Westphal und Ilse Reichel Mitglied des Berliner SPD-Jugendausschusses. Dazu äußert sich Henny Ludwig geb. Freitag: „Klaus Schütz war mein Gruppenleiter von 1948 bis 1949/50. Dann verbrachte er ein Studienjahr in USA. Damals lebte er in der Konstanzer Straße. 1951 verließ er die Falken, um in der ÖTV aktiv zu werden.“ Wolfgang Hecht □

GEBURTSTAGE

In dieser Ausgabe sind Geburtstage vom 14. Dezember 2014 bis 17. Januar 2015 aufgeführt.

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

feier, Sonntagsclub, Greifenhagener Str. 28, 10437 Berlin

■ 14.12.2014, 10:00 - 12:00, Matthias Schmidt, MdB Treptow-Köpenick, **Politischer Frühshoppen mit Walter Momper**, „Freiheit fünfzehn“, Freiheit 15, 12555 Berlin

■ 14.12.2014, 14:00 - 19:00, ASF Reinickendorf, **Weihnachtsbasar der Kulturen**. Gemeinsam mit der AG Migration und Vielfalt und den Jusos Reinickendorf hat die ASF Reinickendorf diesen Weihnachtsbasar zugunsten der Familien in den Reinickendorfer Flüchtlingsheimen organisiert. Landhaus Schupke, Alt-Wittenau 66, 13437 Berlin

■ 14.12.2014, 14:00, SPD Treptow-Köpenick, **Einweihung einer Gedenktafel am Grab des ehemaligen Treptower Bezirksbürgermeisters Michael Brückner**, Waldfriedhof Adlershof hinter der Kapelle in der Friedlander Straße, 12489 Berlin (siehe BS 23-2014)

■ 15.12.2014, 18:00, SPD Bundestagsfraktion, **Fraktion vor Ort mit Andrea Nahles: Diskussion zu Mindestlohn und Tarifpaket**, Reichstagsgebäude, Fraktionssaal der SPD-Bundestagsfraktion, Eingang West, Scheidemannstraße, 11011 Berlin. Anmeldung mit Namen und Geburtsdatum aufgrund der Sicherheitskontrollen unbedingt erforderlich per Mail an berlin-ig.spd@bundestag.de, telefonisch unter (030) 227-73750

■ 15.12.2014, 19:00 - 21:00, Susanne Kitschun, MdB, **Fachausschuss Strategien gegen rechts, Konstituierung des Fachausschusses**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 16.12.2014, 15:00, AG 6oplus Spandau, **Vorstandsnachwahlen**, Kreisbüro der SPD Spandau, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin

■ 16.12.2014, 15:00 - 18:00, **AG 6oplus Reinickendorf, Gemütlicher Weihnachtsausklang**, AWO-Gartenhaus, Rodernallee 77/78, 13437 Berlin

■ 16.12.2014, 07:30 - 09:00, **Björn Eggert, MdB - Kreuzberg, Dienstagsfrühverteilung** gemeinsam mit der Juso-Bundesvorsitzenden Johanna Uekermann und dem stellv. Juso-Bundesvorsitzenden Jan Krüger. Infostand am U-Bhf. Schlesisches Tor, 10997 Berlin

■ 17.12.2014, 15:30 - 17:00, **Jörg Stroedter, MdB Reinickendorf, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro von Jörg Stroedter, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin

■ 17.12.2014, 19:00, SPD Reinickendorf, LLZ Kanu Tegel, **Reinickendorfer Forum für Sport: Die ganze Welt in unserer Stadt - Olympia nur mit uns!** Eisenhammerweg 22a, 13507 Berlin

■ 17.12.2014, 18:00, Afa - SPD Neukölln, **Geselliger Austausch**, S...Cultur, Erkstraße 1, 12043 Berlin. Bitte bei Teilnahme um eine Rückmeldung unter 01606249770

■ 17.12.2014, 18:00 - 19:00, **Birgit Monteiro, MdB Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro, Bürgerheimstraße 4, 10365 Berlin

■ 17.12.2014, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdB - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro von Karin Halsch, Am Berl 13, 13051 Berlin

■ 17.12.2014, 18:00 - 20:00, Fachausschuss Stadt des Wissens - AG Schule + AFB-Landesvorstand, **Inklusion in der Berliner Schule**, mit Mario Dobe, Projektleiter Inklusion in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 18.12.2014, 20:00, SPD Dahlem, Abteilungsverammlung: **Was wurde aus dem arabischen Frühling?** Referent: Peter Senft, Friedenszentrum, Pacelliallee

■ 18.12.2014, 15:00 - 16:30, **Franziska Becker, MdB - Wilmersdorf, Sprechstunde**, Café des Bundesplatz-Kinos, Bundesplatz 14, Berlin

■ 19.12.2014, 16:30 - 18:00, **Thomas Isenberg, MdB, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro von Thomas Isenberg, Arminiusstrasse 2-4, 10551 Berlin (Arminius-Markthalle). Anmeldung bitte an: mail@thomas-isenberg.de



ACHTUNG: Das Kurt-Schumacher-Haus bleibt vom 22. Dezember 2014 bis 5. Januar 2015 geschlossen. Ab 5. Januar stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes wieder für Anfragen zur Verfügung. Die Berliner SPD wünscht allen ihren Mitgliedern ruhige und erholsame Festtage und einen guten Start ins Neue Jahr.

■ 08.01.2015, 14:00 - 15:00, **Ralf Wieland, MdB - Wedding, Sprechstunde** Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Bellermannstraße 19 a, 13357 Berlin

■ 08.01.2015, 16:00 - 17:00, **Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdB - Wedding, Bürgersprechstunde**, AWO-Freizeitstätte-Schillerpark, Barfusstraße 22/24, 13349 Berlin

■ 08.01.2015, 18:30 - 19:30, **Torsten Schneider, MdB, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro von Torsten Schneider, Florastraße 94, 13187 Berlin

■ 09.01.2015, 19:00, **Kulturforum: Neujahrsempfang und Finissage** der Ausstellung, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

■ 14.01.2015, 19:30, Swen Schulz, MdB - Spandau, **Die Mietpreisbremse kommt! Diskussion mit Bundesbauministerin Barbara Hendricks**, Anmeldung und Infos unter Tel. 227 70 187

■ 15.01.2015, 17:30, **Susanne Kitschun, MdB, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro, Grünberger Straße 4, 10234 Berlin, Anmeldung: susanne.kitschun@spd.parlament-berlin.de

■ Alle Termine: www.spd-berlin.de/termine

T RAUER

T ERMIN

■ 13.12.2014, 11:00 - 12:00, Clara West, MdB, **Mietrechtsprechstunde**, Bürgerbüro von Clara West, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin

■ 13.12.2014, 14:00 - 18:00, **Sicherung der Menschenrechte in der Islamischen Republik Afghanistan**, Seminar und Weihnachtsfeier des Afghanistan-Komitees für Frieden, Wiederaufbau und Kultur e.V., Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 13.12.2014, 19:00, **ASF Pankow, Weihnachts-**

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Belauscht im Wienerwald

Ausstellung zeigt das Wirken der Stasi in Schöneberg

Sie hießen „Linda“, „Lara“ oder „Pfau“, sorgfältig auf den Karteikarten F 16 und F 22 in der Ost-Berliner Normannenstraße, erfasst, aber wohnhaft in Berlin-Schöneberg. Bisher sind 190 Bürgerinnen und Bürger dieses West-Berliner Bezirks bekannt, die für das DDR-Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet haben. „Im Visier der Stasi - Spionage in Berlin-Schöneberg“, so lautet der Titel einer kleinen, aber sehenswerten Ausstellung im Jugendmuseum in der Schöneberger Hauptstraße; ein im Berliner Metropol-Verlag erschiener Begleitband belegt die intensive Wühlarbeit der Stasi im Westteil der Stadt.

Helmut Müller-Enbergs, der Autor der Dokumentation, vergleicht West-Berlin aus der Sicht der Stasi mit einem Aquarium; einem Gefäß aus Glas, in dem kaum etwas zu verbergen ist. Geradezu akribisch zeigt er, dass nicht nur höchste Senatsstellen im Visier von Ost-Agenten waren, sondern nahezu alle Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften, Hochschulen, Unternehmen und vieles andere.

Die Stasi-Zuträger kamen aus allen Berufsgruppen und sozialen Schichten, vom Uni-Professor bis zum Kellner im „Wienerwald“. Die Bandbreite ihrer Aktivitäten ist enorm: vom Mordversuch über Entführung des Journalisten Karl-Wilhelm Fricke bis zu Banalitäten, ob sich ein bestimmtes Lokal für Stasi-Treffs eigne.

Die Dokumentation skizziert aufschlussreich die Anwerbestrategien der Stasi und fächert dabei die Motive der Akteure auf. Die Ausstellung zeigt Dokumente, präsentiert Zeitzeugen und zeigt auf dem Stadtplan Fotos mit den Schauplätzen des Geschehens

Der Ausstellungsort, das Jugendmuseum, ist kein Zufall. Die von der Historikerin Irene von Götz kuratierte Ausstellung ist in

ihrer Entstehung in eine Projektwoche einer Schulklasse eingebunden worden. Die Schülerinnen und Schüler näherten sich der Thematik mit Dokumenten wie auch Zeitzeugenbefragungen.

„Der Blick auf die Vergangenheit kann hier Orientierung für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft bieten. Und Jugendliche nutzen durchaus diesen Blick, um hier ihre Sinne zu schärfen für das, was um sie herum aktuell geschieht“, so das Plädoyer der Bildungsstadträtin Jutta Kadatz für das Schulprojekt und die Ausstellung.

Gunter Lange □

➡ Irene von Götz, Helmut Müller-Enbergs, *Im Visier der Stasi, Spionage in Schöneberg*, Metropolis-Verlag, 2014, 140 Seiten, 16 Euro

➡ Die Ausstellung ist bis zum 29. März 2015 im Jugendmuseum, Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin, zu sehen; Öffnungszeiten Sa-Do 14-18 Uhr, Freitag 10-14 Uhr.



Bilder von Sibylle Gädeke, Klaus Minx und Lutz Müller sind bis zur Finissage am 9. Januar in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus zu sehen.

Kunst aus Weddings Gerichtshöfen

Arbeiten von drei Weddinger Künstlern aus den Gerichtshöfen sind derzeit in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus zu sehen. Am 9. Januar um 19 Uhr endet die Ausstellung mit einer Finissage.

„Meine Arbeiten entstehen aus der Neugierde heraus zu sehen, wie sich die Leinwand durch mein Zutun in ein Bild verwandelt“, beschreibt Lutz Müller seine Arbeit. „Ich arbeite ohne jedwede Vorlagen oder auch Vorstellungen; das Bild wird auf der Leinwand entwickelt, es wird erfunden.“ Für Klaus Minx ist seit zwei Jahrzehnten „die Stadt mit ihren vielfältigen Zeichen Ausgangspunkt“ für seine Bilder. „Die Entwürfe meiner Holzschnitte entstehen als Collage aus Fotografien, Plakatabrissen, Worten, Zeichen.“ Sibylle Gädeke erhält ihre Inspiration aus der Beobachtung: „An der Küste von Zansibar sammeln Frauen aus den Dörfern im Sonnenaufgang Seegras vom Strand. Es dient als Grundlage für das Feuer an der Kochstelle. Sie gehen jeden Morgen in kleinen Gruppen, ihre farbigen Kleider heben sich ab wie geometrische Muster von der sandgrauen Fläche des Strandes und dem milchgrauen immer heller werdenden Himmel.“ **PM** □

➡ Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Berlin-Mitte, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Öffnungszeiten: Mi, Do Fr 16 - 18 Uhr + nach tel. Vereinbarung (030 / 8837914 und 4692150). Zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen.